

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 91. Ratssitzung vom 26. Februar 2020

2227. 2020/5

Dringliches Postulat von Roger Bartholdi (SVP) und Emanuel Eugster (SVP) vom 08.01.2020:

Auszahlung der budgetierten Lohnnebenleistung für 2020 in Form von Reka-Geld

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats bereit, das Dringliche Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

***Roger Bartholdi (SVP)** begründet das Dringliche Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 2079/2020): Bereits bei der Dringlicherklärung war anhand der 91 Stimmen ersichtlich, dass auch die anderen Parteien davon überzeugt sind, dass es sich um eine gute Sache handelt. Nachdem er sich damit befasste, ist nun auch der Stadtrat bereit, das Postulat entgegenzunehmen. Nach seiner ursprünglichen Ablehnung halte ich das für sehr wertschätzend. Das Postulat macht absolut Sinn und bedeutet sowohl für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer als auch für die Arbeitgeber Vorteile. Der einzige Nachteil ist der administrative Aufwand, der jedoch vernachlässigbar ist. Der Gewinn des Postulats ist ersichtlich: Jeder Franken kommt bei den Angestellten an. Reka-Geld entspräche Benefits, während eine Barauszahlung einem Bonus gleichkäme.*

***Pirmin Meyer (GLP)** stellt namens der GLP-Fraktion folgenden Textänderungsantrag: Ich stütze mich auf das Votum von STR Daniel Leupi während der Dringlichkeitsdebatte, als er auf den logistischen Mehraufwand zu sprechen kam. Wir überlegten uns, wie wir dem Anliegen auf andere Weise entgegenkommen können, da wir die Idee grundsätzlich für gut halten. Unser Vorschlag ist, dass der Stadtrat prüfen soll, die für 2020 budgetierte Einmalzahlung als «Lunch-Check» anstelle von «Reka-Geld» auszusahlen. Wir denken, dass das auch ein guter Beitrag an die lokale Wirtschaft ist.*

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, die für 2020 budgetierte Einmalzahlung (Konto 1050 / 3099 0000 für in Aussicht gestellte Fringe Benefits) als ~~Reka-Geld~~ Lunch-Check auszusahlen.

Weitere Wortmeldungen:

***Ernst Danner (EVP):** Ich freue mich über die Bereitschaft des Stadtrats, das Postulat entgegenzunehmen. Wir halten die Forderung für eine gute Sache und auch spricht eine gute Mehrheit bei der Dringlicherklärung für sie. Ich bin der Meinung, dass auch mit Reka-Checks sehr rationell eine Beschaffung gemacht werden kann. Dafür muss mit der Schweizer Reisekasse (Reka) das Gespräch gesucht werden. Wenn auf der Lohnabrechnung ein Link auf die Seite der Reka beigefügt wird, der darauf verweist, wo die Checks bezogen werden können, dann liegen die Versandkosten bei der Reka und die Mitarbeiter können sich selbst darum kümmern. So bleibt der Aufwand für die Stadt gering. Natürlich kann man sich fragen, ob Bargeld oder Checks besser sind. In meinem*

Portemonnaie befinden sich laufend Checks, die mir eigentlich am liebsten sind: die, die von der Nationalbank herausgegeben werden und universeller brauchbar sind. Die Psychologie des Menschen ist anders gelagert. Man hat gerne separate Portemonnaies und erhält lieber einen Büchergutschein auf Weihnachten als eine 20-Franken-Note. Psychologisch gesehen ist es für Mitarbeiter besser, wenn Fringe Benefits in einem besonderen Kleid daherkommen. Eine Zahl auf einem Konto, die vielleicht erst hinter dem Komma eine Änderung des Gesamtbetrags ergibt, hat keine Wirkung. Hingegen hat man an Checks vom Arbeitgeber Freude: Sie tragen mehr zur Mitarbeiterzufriedenheit bei. Lunch-Checks stellen keine Alternative dar, diese werden bereits verteilt.

Dubravko Sinovcic (SVP): *Es ist nicht so, dass alle städtischen Mitarbeiter bereits Lunch-Checks beziehen. Ich bin städtischer Mitarbeiter und beziehe keine Lunch-Checks, da ich wie einige tausend andere für eine Institution mit einer Kantine arbeite. Das Stadtspital Triemli ist eine solche Institution und es gibt noch weitere. Der Vorschlag ist also ein buchstäblicher Schuss in den Ofen, da er nicht weniger aufwändig wäre als die Reka-Checks.*

Marcel Bührig (Grüne): *Die Grünen werden das Postulat mit oder ohne Textänderung ablehnen. Wir sehen keinen Grund, wieso die Lohnnebenleistungen in diesem Jahr als Reka- oder als Lunch-Checks ausbezahlt werden sollen, wobei ersteres durchaus mehr Sinn ergibt. Grundsätzlich handelt es sich um eine finanzielle Zuwendung an die Mitarbeitenden der Stadt, die frei entscheiden sollen, was sie mit dem Geld machen wollen. Bei Lunch-Checks ist man sehr über die Einsatzmöglichkeiten eingeschränkt, bei Reka-Checks ist man auch relativ stark eingeschränkt, wenn man nicht gerade in die Ferien reist. Wir sind der Meinung, dass die eigenen Mitarbeitenden nicht erzogen werden müssen oder dass ihnen Vorgaben dazu gemacht werden muss, was sie mit dem Geld machen sollen. Ob sie das Geld für Ferien, den Bäcker ihres Vertrauens oder für ein neues Auto einsetzen wollen, soll ihnen überlassen sein.*

Renate Fischer (SP): *Zur Erinnerung: Im Budget 2020 sprachen wir drei Millionen Franken zugunsten des Personals. In der Begründung wurde festgehalten, dass dem Personal im Jahr 2020 Fringe Benefits wie einem Mobilitätsbonus in Aussicht gestellt wurden. Konkret waren es Abos für die ZVV-Zone 110 und Beiträge für die Velo-Nutzung. Entgegen der ursprünglichen Intention konnte das nicht fristgerecht umgesetzt werden, weshalb der Rat mit dem Budget als Ausgleich dazu einen entsprechenden Betrag einsetzte. Dieser wurde im Budget als Einmalzahlung deklariert. Der Vorschlag der SVP fordert anstelle der Einmalzulage zusätzlich zum Lohn, dass der Mobilitätsbeitrag in diesem Jahr in Form von Reka-Checks ausbezahlt wird. Bemerkenswert ist, dass die SVP bei der Budgetdebatte noch gegen den Antrag der Ratsmehrheit stimmte und jetzt doch eine Möglichkeit fand, wie sie die versprochenen Benefits für das Personal unterstützen kann. Das wäre zwar auch innerhalb der Budgetberatung möglich gewesen und hätte wahrscheinlich auch zur Effizienz der Umsetzung beigetragen; jetzt ist es aber so, wie es ist. Ebenfalls bemerkenswert ist, dass der Stadtrat auf seinen vormaligen Ablehnungsentscheid zurückkam, den er vor den Ferien bereits begründete, und jetzt den Vorstoss entgegennimmt. Ich nehme an, dass das damit zu tun hat, dass nun eine Lösung gefunden wurde, wie das vorher Ernst Danner (EVP) erwähnte, mit der eine Umsetzung ohne*

grosse Zusatzkosten möglich ist. Der jetzige Vorschlag kommt der ursprünglichen Intention der Fringe Benefits zur Nutzung des öffentlichen Verkehrs und des Velos viel näher als eine Einmalzahlung. Die SP wird deshalb dem Antrag zustimmen.

Pärparim Avdili (FDP): *Die FDP wird den Vorstoss ohne Textänderung unterstützen. Diese ist zwar gut gemeint, sie umzusetzen ist jedoch schwierig oder unmöglich. Wir halten es für eine gute Sache, dass nicht einfach Geld überwiesen wird, sondern ein Check, mit dem man als Angestellter einen Beitrag mit einer klaren Motivation erhält. Diese Förderung der Mobilität entspricht dem ursprünglichen Sinn des Stadtrats, der nun über diesen Vorstoss umgesetzt werden kann. Ich verstehe nicht, warum die Grünen argumentieren, dass statt einem Check Geld überwiesen werden sollte, da den Mitarbeiter nicht vorgeschrieben werden sollte, was zu machen sei, während sie gleichzeitig dem Mitarbeiter vorschreiben wollen, was er in den städtischen Kantinen essen sollte. Die Reka-Checks wären von den Grünen problemlos unterstützbar: Die Mobilität wird damit gefördert. Sie können mittlerweile weit darüber hinaus genutzt werden, sind jedoch zweckgebundenen im Vergleich zur Geldüberweisung.*

Thomas Schwendener (SVP): *Ich kann mich erinnern, dass ich in der Hochbaukommission, als es ums Verwaltungszentrum Werd ging, damals STR Kathrin Martelli die Frage stellte, wer als städtischer Mitarbeiter Anrecht auf Lunch-Checks hat. «Alle», war ihre Antwort. Dem ist aber nicht so. Ich arbeite bereits lange im Pflegezentrum Bachwiesen. Dort gibt es ein eigenes Restaurant, wo Lunch-Checks nicht entgegengenommen werden können. Der Änderungsantrag läuft auf genau das heraus. Die städtischen Mitarbeiter könnten eine externe Wirtschaft aufsuchen und somit die lokale Wirtschaft ankurbeln; es kann nicht immer die Kernaufgabe sein, für das Essen zu sorgen: Im ERZ Restaurant Hagenholz beispielsweise kann verbilligt gegessen werden. Trotzdem können Lunch-Checks bezogen werden. Da müsste noch der Hebel angesetzt werden. Pflegebetriebe werden eingesetzt und damit entstehen geringere Ausgaben, beispielsweise für die Miete, und Menüs können vergünstigt bezogen werden. Ich sagte damals schon beim Verwaltungszentrum, dass das Laufen den Mitarbeitern gut täte, wenn sie vis-à-vis des Zentrums die Restaurants aufsuchen würden. Nicht jeder hat Lunch-Checks, auch wenn er sie will.*

Roger Bartholdi (SVP): *In der Vergangenheit hatte die Stadt bereits entsprechend einem Gemeinderatsbeschluss Reka-Checks verteilt. Es handelt sich um eine der beliebtesten Lohnnebenleistungen oder Fringe Benefits der Schweiz. Vor allem bei grösseren Unternehmungen kommt das sehr gut an. Mit dem Reka-Geld wird eine Non-Profit-Organisation unterstützt, die ihr Geld in neue Anlagen investiert. Sie hat auch einen sozialen Charakter: Für eine Woche Aufenthalt in einem Reka-Feriedorf muss man für die ganze Familie 200 Franken bezahlen. Mit der Unterstützung wird also auch etwas für das soziale Gewissen getan. Man darf die Eigeninteressen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht vergessen: Sie erhalten wegen der Steuerbefreiung so jeden Franken, der ausbezahlt wird. Schön ist auch, dass Reka die gesamte Abwicklung übernimmt, was wenig Aufwand für die Stadt bedeutet: Sie muss die Daten liefern, der Rest wird übernommen. Die ablehnende Haltung der Grünen befremdet, da der öffentliche Verkehr ein grünes Anliegen ist.*

Christina Schiller (AL): Die AL-Fraktion wird das Postulat mit oder ohne Textänderung ablehnen. Die Reka-Checks können nicht nur für die Zone 110 und fürs Velo eingesetzt werden, auch der Einsatz bei Tankstellen ist möglich. Ob das also rein ökologisch ist, ist nicht klar. Wir lehnen das Postulat jedoch ab, weil es sich um eine einmalige Zahlung im Jahr 2020 handelt und wir dafür nicht einen grossen Aufwand betreiben müssen. Im Jahr 2021 wird es wieder anders laufen. Wir verstehen die Verwaltung und die Entscheidung für eine einmalige Auszahlung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in diesem Jahr.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: Wir befinden uns im operativen Bereich und nicht alle Mutmassungen sind vollständig zutreffend. Aussergewöhnlicherweise äusserte ich mich bei der Dringlicherklärung, da das Postulat eine Prüfung forderte, die bereits erfolgte. Es bleibt dabei: Es ist ein Abwägen, was man will. Kein System ist per se besser. Die Reka arbeitet nicht gratis für Zürich. Umgekehrt sparen wir bei den Sozialversicherungsabgaben ein. Ob die SP wünscht, dass eine Leistung ausgeschüttet wird, mit der keine Sozialversicherungsabgaben bezahlt werden, muss man sich fragen. Es handelt sich um einen Einsparungsfaktor. Es kommt zu einem Papierversand und zu Retouren. Roger Bartholdi (SVP) argumentierte, dass das vernachlässigbar sei. Aber bei dieser Menge Versand wird es zu Retouren kommen, was bearbeitet werden muss und es wird zu Rückfragen kommen. Wir entschieden uns gegen den Versand per Einschreiben, auch wenn dann der Erhalt nicht nachgewiesen werden kann. Es wird zu einem Verwaltungsaufwand kommen. Aber unter Güterabwägung und weil eine grosse Mehrheit die Dringlichkeit unterstützte, entschieden wir uns für eine Umsetzung. Das bedeutet einen Mehraufwand für die Stadtverwaltung. Monetär ist es interessanter für die Angestellten, wobei ich sagen muss, dass ich für meine achtzigste Blutspende ebenfalls Reka-Checks erhielt und jetzt noch nicht loswurde. Obwohl wir uns bereits negativ positionierten, überzeugte ich den Stadtrat für die Entgegennahme. Das hat jedoch auch den Preis, dass die Umsetzung später als geplant erfolgen wird. Die Auszahlung wird im Mai anstelle von März oder April erfolgen, was vertretbar ist. Nicht alle städtischen Mitarbeiter erhalten Lunch-Checks. Gewissen Mitarbeitern steht die Möglichkeit offen, während sie sie ablehnen, da fünfzig Prozent davon selbst beigetragen werden muss. Dieser Kanal erreicht also nicht alle und der Programmierungsaufwand muss auch berücksichtigt werden.

Roger Bartholdi (SVP) ist mit der Textänderung nicht einverstanden.

Das Dringliche Postulat wird mit 78 gegen 39 Stimmen (bei 1 Enthaltung) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

5 / 5

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat